



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 12.07.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, 04.07.2011, 15:30 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	bis 17:30 Uhr
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE	bis 17:30 Uhr
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van CDU i. V. für Herrn Dr. Elster

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Krems	SPD	bis 17:15 Uhr

I. Öffentlicher Teil

- 3.3 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 02.05.2011
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2085/2011
- 4.4 Bleiberechtsbericht - Mai 2011
2524/2011
- 4.5 Serviceverbesserungen im Taxigewerbe (Qualitätsmodell "Service Taxi")
1379/2011
- 4.6 Skateranlage im Rheinauhafen
2472/2011
- 4.7 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011
Bericht für Mai 2011
2558/2011
- 5.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2010
2072/2011
- 6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
Auswirkungen des Stellenbesetzungsverfahrens
2540/2011
>> Tischvorlage
- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.06.2011
Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfe
AN/1164/2011
- 6.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.06.2011
Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof und
Rhein
AN/1365/2011
- 6.3.1 Stellungnahme der Verwaltung
Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof und
Rhein
2769/2011
>> Tischvorlage
- 8.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion zur Darstellung von
Google Maps AN/1000/2011
2692/2011
- 10.7 Umsetzung der Pilote zum Ratsbeschluss und zu den Beteiligungsprozessen "Die
Zukunft unserer Schulen"
2466/2011

- 10.8 Satzung zum Schutz des Baumbestandes vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011
- 10.9 Städtepartnerschaft Köln - Rio de Janeiro
2535/2011
- 10.10 Einheitliche Behördenrufnummer 115
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Verbundpartnern
in der Region zur Teilnahme am Regelbetrieb
2331/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Dr. Welpmann vom 15.03.2010
Konsequenzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bei Vergabe-
verstößen
2595/2011
- 12.3 Information zur Vorlage 1142/2009 "Einführung eines Kabelmanagementsystems"
2224/2011
- 12.4 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes (CVUA) Rheinland
2490/2011
- 16.4 zurückgezogen (mangels Zuständigkeit für den AVR zurückgezogen)
2074/2011
- 16.8 zurückgezogen (mangels Zuständigkeit für den AVR zurückgezogen)
1689/2011
- 16.14 Abschluss eines Rahmenvertrages zur Einführung des neuen Kommunikationsdien-
stes e-Postbrief
2125/2011
- 16.15 Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung (Köln-Porz)
1556/2011

Herr Wolter weist darauf hin, dass in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.06.2011 eine Beschlussvorlage vertagt worden sei, weil immer noch eine Vorlage zum „Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW“ gemäß Dringlichkeitsantrag vom Ausschuss AVR am 06.12.2010 offen sei. Er bedauert, dass es der Verwaltung bis heute nicht gelungen sei, eine Beschlussvorlage zum „Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW“ vorzulegen.

Herr Wolter macht darauf aufmerksam, dass die Termine im Sitzungskalender nicht so gelegt seien, dass Ausschussmitgliedern eine stressfreie Teilnahme an all ihren Gremien möglich sei. Er bittet dringend darum, im kommenden Jahr darauf zu achten, dass es keine Überschneidungen gibt. Der AVR benötige in der Regel zwei bis drei Stunden, dies müsse im nächsten Jahr berücksichtigt werden.

Frau Manderla meldet für TOP 10.5 Archäologische Zone Beratungsbedarf an und schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Der Ausschuss ist einverstanden.

Herr Görzel bittet darum, die Vorlage Städtepartnerschaft Köln - Rio de Janeiro unter TOP 10.9 ebenfalls ohne Votum in den Rat zu verweisen. Der Ausschuss hat keine Einwände.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Anonyme Beweissicherung für Opfer von Sexualdelikten

1.1 Jahresbilanz 2009/2010 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern
1547/2011

1.2 Gender Mainstreaming - Bericht über die Projekte
2105/2011

2 Internationales

2.1 Großes Fest der Partnerstädte

2.2 Chinajahr 2012

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Hess aus der Sitzung vom 16.05.2011 Landeshundegesetzes NRW (LHundG)
2241/2011

3.2 Beantwortung einer Anfrage von Frau Senol, Fraktion DieLinke.Köln, aus der Sitzung des Integrationsrates am 14.03.2011
2269/2011

3.3 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 02.05.2011 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2085/2011

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Erfahrungsbericht "10 Jahre Straßenstrich Geestemünder Straße in Köln" der Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids des Gesundheitsamtes
1845/2011

4.2 Informationen zur Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT)
2112/2011

- 4.3 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 %
- Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011
- 4.4 Bleiberechtsbericht - Mai 2011
2524/2011
- 4.5 Serviceverbesserungen im Taxigewerbe (Qualitätsmodell "Service Taxi")
1379/2011
- 4.6 Skateranlage im Rheinauhafen
2472/2011
- 4.7 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011
Bericht für Mai 2011
2558/2011
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 5.1 Sachstand Stellenbesetzung für die 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
2358/2011
- 5.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2010
2072/2011
- 6 Schriftliche Anfragen**
- 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.06.2011
Auswirkungen des Stellenbesetzungsverfahrens
AN/1220/2011
- 6.1.1 Stellung der Verwaltung
Auswirkungen des Stellenbesetzungsverfahrens
2540/2011
- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.06.2011
Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfe
AN/1164/2011
- 6.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.06.2011
Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof und
Rhein
AN/1365/2011
- 6.3.1 Stellungnahme der Verwaltung
Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof und
Rhein
2769/2011

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

8.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.05.2011
Darstellung von Köln in Google Maps
AN/1000/2011

8.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion zur Darstellung von
Google Maps AN/1000/2011
2692/2011

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Rudolfplatz
2063/2011

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sport in Metropolen
Fortführung des Projektes
1404/2011

10.2 Bewerbung Kölns als Fairtrade-Town
2100/2011

10.3 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln
1579/2011

10.4 Bürgerantrag zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln
0919/2010/1

10.5 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
1445/2011

10.6 Erlass von Verwaltungsgebühren bei ehrenamtlichem Engagement
1781/2011

10.7 Umsetzung der Pilote zum Ratsbeschluss und zu den Beteiligungsprozessen "Die
Zukunft unserer Schulen"
2466/2011

10.8 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebau-
ten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt
Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011

10.9 Städtepartnerschaft Köln - Rio de Janeiro
2535/2011

- 10.10 Einheitliche Behördenrufnummer 115
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Verbundpartnern
in der Region zur Teilnahme am Regelbetrieb
2331/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 11.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Dr. Welpmann vom 15.03.2010
2595/2011

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Sachstandsbericht zur automatisierten Nachtabstaltung der städtischen PCs
2040/2011
- 12.2 Historisches Archiv; selbständiges Beweisverfahren 5 OH 1/10 LG Köln
2140/2011
- 12.3 Information zur Vorlage 1142/2009 "Einführung eines Kabelmanagementsystems"
2224/2011
- 12.4 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes (CVUA) Rheinland
2490/2011

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

- 16.1 Abschluss einer Rahmenvereinbarung für externe Dienstleistungen im Bereich Ba-
sissysteme
1877/2011
- 16.2 Abschluss einer Rahmenvereinbarung für externe Dienstleistungen im Bereich Infra-
struktursysteme
1890/2011
- 16.3 Abschluss einer Rahmenvereinbarung für Dienstleistungen im Bereich IV-
Kundenservice
1968/2011
- 16.4 Zusätzliche Mietkostenförderung für Träger von Kindertageseinrichtungen (Einzelfäl-
le)
2074/2011

- 16.5 Verwaltungserichtliches Verfahren 17 K 7369/09 betreffend die Geltendmachung von Ausgleichszahlungen durch die Firma Lichius Baubetreuungs KG Wohn- und Gewerbebau
2204/2011
- 16.6 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen für den städtischen Allgemeinbedarf
2414/2011
- 16.7 Anmietung einer Erweiterung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Zollstock, Schwalbacher Str. 19
1672/2011
- 16.8 Zusätzliche Mietkostenförderung für Träger von Kindertageseinrichtungen
1689/2011
- 16.9 Einleitung eines Vergabeverfahrens
1693/2011
- 16.10 Wahl von Schiedspersonen
2053/2011
- 16.11 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss des Rahmenvertrages über die Lieferung von Hygienepapier
2409/2011
- 16.12 Anmietung einer Erweiterung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Rath/Heumar, Paffendorfstr. 33
1461/2011
- 16.13 Ausschreibung der Schülerbeförderung mit Pkw
2245/2011
- 16.14 Abschluss eines Rahmenvertrages zur Einführung des neuen Kommunikationsdienstes e-Postbrief
2125/2011
- 16.15 Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung (Köln-Porz)
1556/2011

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.0 Anonyme Beweissicherung für Opfer von Sexualdelikten

Frau Kronenberg berichtet über ein neu bei der Stadt Köln eingeführtes Verfahren der anonymen Beweissicherung für Opfer von Sexualdelikten, das morgen der Presse vorgestellt wird.

Das Verfahren wurde unter Federführung des Amtes für Gleichstellung mit der Rechtsmedizin, der Kripo und den Beratungsstellen entwickelt und gibt Opfern von Sexualstraftaten die Möglichkeit, gerichtsverwertbare Spuren für zwei Jahre anonym sichern zu lassen. In dieser Zeit kann das Opfer entscheiden, ob es gegen den Täter oder die Täterin Anzeige erstattet.

In den wenigen Städten, die die anonyme Spurensicherung ermöglicht haben, gibt es gute Erfahrungen.

1.1 Jahresbilanz 2009/2010 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern 1547/2011

Der Jahresbericht wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow weist Frau Kronenberg darauf hin, dass die interne Frauenförderung zentraler Schwerpunkt der Arbeit des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern sei und auch weiterhin sein werde, dies lasse sich allerdings nicht so bunt in einem Bericht zur Jahresbilanz darstellen. Im Bilanzzeitraum habe das Amt für Gleichstellung an 140 Beratungen und an 75 Auswahlverfahren teilgenommen. Außerdem war das Amt für Gleichstellung an ca. 8000 Personalmaßnahmen beteiligt.

Frau von Bülow mahnt an, dass kein aktueller Frauenförderplan 2011 vorliege, obwohl der letzte Frauenförderplan bereits am 31.12.2010 ausgelaufen sei und die Politik im Januar beschlossen habe, dass ein aktueller Frauenförderplan 2011 bis spätestens im Sommer vorzuliegen habe. Frau Kronenberg betont, Frauenförderung finde ständig statt auch unabhängig der Vorlage eines aktuellen Frauenförderplanes. Sie ergänzt, anhand der Frauenförderquoten werde deutlich, wie erfolgreich Frauenförderung in der Stadtverwaltung stattfinde. Darüber hinaus werde der aktuelle Frauenförderplan dem Ausschuss direkt nach der Sommerpause vorgelegt.

Abschließend macht Frau von Bülow darauf aufmerksam, dass die Erfolge in der internen Frauenförderung, insbesondere die Besetzung der Leitungsposten von vier städtischen Dezernaten, der Politik zu schulden seien und nicht den Anstrengungen der Verwaltung.

1.2 Gender Mainstreaming - Bericht über die Projekte 2105/2011

Der Bericht wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Kronenberg und Frau Engel erläutern anhand der vorliegenden Folien (Anlage 1) einige Punkte des Berichts.

Abschließend weist Frau Engel auf die Möglichkeit hin, im Oktober oder im Dezember an Genderschulungen teilzunehmen.

2 Internationales

2.1 Großes Fest der Partnerstädte

Herr Wolf weist darauf hin, dass am Samstag, 09. Juli 2011 unter dem Motto "Köln weltweit" ein großes Städtepartnerschaftsfest auf dem Heumarkt stattfinden werde. Er betont, der Termin sei bewusst auf den Tag der Kölner Lichter gelegt worden. Man erhoffe sich dadurch zahlreiche Besucher, die ein buntes Unterhaltungsprogramm sowie umfangreiche Informationen der einzelnen Vereine zur Förderung der Städtepartnerschaften und weiterer international tätiger Vereine und Organisationen erwarte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.2 Chinajahr 2012

Herr Wolf berichtet, dass die Vorbereitungen zur Durchführung des "Chinajahr 2012" und der Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Köln und Peking auf Hochtouren laufen. Zurzeit könne man den noch fehlenden Betrag auf ca. 400.000 Euro beziffern, aber Herr Wolf betont, er sei zuversichtlich, dass dieser Betrag noch sichergestellt werden könne. In diesem Zusammenhang werde gerade ein Sponsorenkonzept entwickelt.

Frau Manderla macht darauf aufmerksam, anlässlich einer ersten Regierungskonsultation haben Deutschland und China im Juni Verträge im Wert von über zehn Milliarden Euro geschlossen. Auf ihre Rückfrage, ob Verträge mit Kölner Firmen geschlossen worden seien, sagt Herr Wolf eine schriftliche Beantwortung durch das Amt für Wirtschaftsförderung zu.

Herr Neubert erinnert an die offene Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller aus der Sitzung am 28. 03.2011 zur Beschlussvorlage „Zuwendungen für Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaften“.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Hess aus der Sitzung vom 16.05.2011 Landeshundegesetzes NRW (LHundG) 2241/2011

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Hess bemängelt, anscheinend seien in den letzten drei Jahren kaum oder sogar keine Leistungsbescheide gegenüber den Hundehaltern aufgrund einer Stellenvakanz geltend gemacht worden. Nachdem eine Wiederbesetzung erfolgt sei, bittet er im Jahre 2012 um Darstellung der Entwicklung der Kostenerstattungen. Herr Stadtdirektor Kahlen sagt eine schriftliche Mitteilung im Jahr 2012 zu.

Herr Wolter ergänzt, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sei es notwendig refinanzierte Stellen und Stellen, durch die Einnahmen erzielt werden, kurzfristig wiederzubesetzen. Er appelliert an das Personal- und Organisationsamt in diesem Zusammenhang Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre zuzulassen. Auf weitere Nachfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Kilp, von den in den vergangenen Jahren geltend gemachten Forderungen seien lediglich ca. 10 % tatsächlich eingenommen worden. Der überwiegende Teil der erlassenen Leistungsbescheide musste mangels Vollstreckungsaussichten niedergeschlagen werden. Daher decke aus finanzieller Sicht eine Wiederbesetzung nicht die aufzubringenden Personalkosten. Für das Amt für öffentliche Ordnung habe aber neben dem in Rechnung stellen der Kosten

das Vermeiden von Beißvorfällen die absolute Priorität. Daher sei auch nachdrücklich die Wiederbesetzung der Stelle gefordert worden.

Auf Rückfrage von Herrn Knappertsbusch erläutert Herr Kilp, die Stellenvertretung habe vor-
dringlich die Maßnahmen im Bereich der unmittelbaren Gefahrenabwehr wahrgenommen.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage von Frau Senol, Fraktion DieLinke.Köln, aus der
Sitzung des Integrationsrates am 14.03.2011
2269/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am
02.05.2011
unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2085/2011**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Erfahrungsbericht "10 Jahre Straßenstrich Geestemünder Straße in Köln" der
Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Erkrankungen einschließlich Aids
des Gesundheitsamtes
1845/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.2 Informationen zur Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT)
2112/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann erläutert Herr Kahlen, bereits bei der Einfüh-
rung des elektronischen Personalausweises habe eine deutlich angestiegene Beratungszeit
von ca. 19 Minuten pro Antragstellerin oder Antragsteller zu zusätzlichen Personalbedarfen
geführt.

Frau Dahmen beschreibt ergänzend dazu, wie sich durch die europaweite Vereinheitlichung
die Arbeitsabläufe in der Ausländerbehörde grundlegend verändert haben. Der höhere Ar-
beitsaufwand werde durch Personalzusetzungen von 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im
mittleren Dienst kompensiert.

**4.3 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln
100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.4 Bleiberechtsbericht - Mai 2011
2524/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.5 Serviceverbesserungen im Taxigewerbe (Qualitätsmodell "Service Taxi")
1379/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.6 Skateranlage im Rheinauhafen
2472/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kilp, gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit werde voraussichtlich ein Verwarngeld wegen Sondernutzung in Höhe von 35 Euro erhoben.

Herr Granitzka weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die in der Mitteilung beschriebenen ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Anschluss an eine Übergangszeit nach Inbetriebnahme der neuen Skateranlage begrüße. Er betont, bei Beschädigung oder Zerstörung von Blumenkübeln oder Treppenstufen sei auch ein höheres Verwarngeld angebracht.

**4.7 Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011
Bericht für Mai 2011
2558/2011**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka macht deutlich, dass die Mitteilung über die Umsetzung der neuen Sperrbezirksverordnung sich hinsichtlich der ordnungsrechtlichen Komponente mit den Vorstellungen der CDU-Fraktion decke. Allerdings habe es Vorfälle gegeben, die aufgeklärt werden müssten. Frau Manderla berichtet, die CDU-Fraktion habe vom Verein Agisra e.V. (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) einen Brief erhalten, in dem darum gebeten wurde, einen Fall der möglichen Körperverletzung im Amte bzw. einer Form der unterlassenen Hilfeleistung im Zusammenhang mit der Sperrbezirksverordnung aufzuklären. Der Vorfall ereignete sich in Anwesenheit von Ordnungsdienst und Polizei während der Durchsetzung der Sperrfrist.

Herr Wolter ergänzt, ihm lägen Informationen vor, wonach eine Prostituierte gegen 19:56 Uhr, also 4 Minuten vor Ende der Sperrfrist, aus dem Wohnwagen „herausgezerrt“ worden sei und das Bewusstsein verloren habe. Sie wurde mehrere Minuten einfach „lieengelassen“, Kolleginnen hätte man untersagt, ihr zu helfen und man habe ihr die Handtasche einige Zeit vor-enthalten. Herr Wolter fordert, dass der Vorfall aufgeklärt und der Ausschuss in Schriftform darüber informiert werde. Bezüglich der ordnungsrechtlichen Komponente bittet er um etwas Kulanz bzgl. der Einhaltung der Sperrfrist, solch strenge Herangehensweise kurz vor Sperrfristende sei intolerant.

Herr Granitzka bittet darum, den beschriebenen Vorfall nicht ungeprüft zu unterstellen oder zu bewerten, vielmehr möge die Verwaltung die Vorkommnisse schriftlich darstellen damit der Ausschuss danach die Angelegenheit bewerten könne.

Herr Kilp ergänzt, die Verwaltung prüfe bereits den Vorfall und stehe in Kontakt mit allen Beteiligten, der Polizei, der Feuerwehr und dem Malteser Hilfsdienst. Die Verwaltung werde voraussichtlich zur ersten Sitzung des Beirates am 13.07.2011 eine Beantwortung vorlegen, die dem Ausschuss selbstverständlich ebenfalls zur Kenntnis gegeben werde.

Herr Detjen bedauert, dass bei der Projektentwicklung der Verein Agisra grundsätzlich nicht eingebunden war, neben dem Sozialdienst katholischer Frauen wäre es sinnvoll gewesen auch Agisra zu involvieren, auch der Verein habe darüber sein Bedauern bekundet. Er regt an, Agisra e.V. in Zukunft zu beteiligen.

Herr Granitzka ergänzt, es sei für die Polizei ratsam, im Falle einer Behauptung von Straftaten diese zur Prüfung der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Herr Wolter stellt fest, insgesamt habe sich die Situation der Wohnwagenprostitution entscheidend verbessert. Allerdings vermisse er bei den beschriebenen ordnungspolitischen Maßnahmen wesentliche Informationen zu Präventionsmaßnahmen oder zur sozialen Betreuung. Er weist darauf hin, der temporäre Sperrbezirk sei auf ein Jahr begrenzt, die Verwaltung habe sich mit den sozialen Auswirkungen der Sperrbezirksverordnung sowie mit grundsätzlichen Lösungen zu befassen.

Herr Görzel äußert Verwunderung darüber, dass die Mitteilung lediglich die ordnungsrechtliche Komponente behandle und dass der Sozialausschuss nicht in der Beratungsfolge aufgenommen sei.

Auf Rückfrage von Herrn Krems erläutert Herr Kilp abschließend, eine mögliche Verlagerung der Straßenprostitution auf den Bereich „Alter Deutzer Postweg“ werde zurzeit vom Ordnungsdienst geprüft.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Sachstand Stellenbesetzung für die 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn 2358/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2010 2072/2011

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos Herrmann bemerkt, die erstmalig geschlechtergetrennte Darstellung der Überstunden mache die ungleiche Bezahlung zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutlich. Die verrechneten Über- und Mehrarbeitsstunden in Euro ergäben eine fünf Mal höhere Bezahlung bei Männern. Frau dos Santos Herrmann bittet um eine differenziertere Darstellung und um die Aufnahme der Thematik im Frauenförderplan.

Frau von Bülow weist darauf hin, grundsätzlich habe die Regelung, Überstunden durch Freizeit auszugleichen, anscheinend ihre Bedeutung verloren. Sie bittet um Erklärung, aus welchen Gründen die Vergütung von Überstunden dem Freizeitausgleich vorgezogen werde. Frau von Bülow äußert ebenfalls Verwunderung darüber, dass einzelne Personen Überstundenvergütungen von mehreren Tausend Euro in Einzelfällen sogar 30 Tausend Euro erhalten. Darüber hinaus erkennt Frau von Bülow an, dass im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt „Zukunft unserer Schulen“ eine Lösung für die Überstundenproblematik bei den Schulhaus-

meistern langfristig angestrebt werde. Allerdings bittet sie um Darstellung, welche Lösungen die Verwaltung mittelfristig plane.

Herr Görzel berichtet über einen Artikel des Bonner Express zum Krankenstand in der Bonner Stadtverwaltung. Er bittet um eine Darstellung der Krankenstände in der Stadtverwaltung Köln und der eventuellen Zusammenhänge von Vertretungssituationen durch krankheitsbedingte Ausfälle von Kolleginnen und Kollegen und der Entstehung von Überstunden. Außerdem sei davon auszugehen, dass eine erhöhte Belastungssituation wiederum zu stressbedingten Erkrankungen und Ausfällen führe.

Herr Dr. Welpmann kritisiert die im Amt für Landschaftspflege und Grünflächen in 2010 angefallenen Überstunden, die in der Vorlage zum Teil mit erforderlicher Fahrzeug- und Maschinenpflege begründet worden seien. Erforderliche Wartungs- und Pflegezeiten seien regelmäßig anfallende und nicht plötzlich auftretende Arbeiten. Diese Arbeiten seien nicht im Zusammenhang mit Überstunden zu erledigen. Herr Dr. Welpmann fordert bei planbaren Aufgaben eine Erledigung während der regulären Arbeitszeit bzw. organisatorische Regelungen. Darüber hinaus bemängelt Herr Dr. Welpmann fortlaufende Überstunden für Wochenenddienste (z. B. Botanischer Garten, Rheinpark), für Bestattungen an Samstagen oder für Veranstaltungen außerhalb der normalen Arbeitszeit im Amt für Landschaftspflege und Grünflächen. Hier müsse den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein direkter und kontinuierlicher Abbau durch Freizeitausgleich ermöglicht werden, diese Über- und Mehrarbeitsstunden sollten in der Regel nicht zu bezahlten Überstunden führen.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Beantwortung aller aufgetretenen Fragen zu.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.06.2011 Auswirkungen des Stellenbesetzungsverfahrens AN/1220/2011

6.1.1 Stellung der Verwaltung Auswirkungen des Stellenbesetzungsverfahrens 2540/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.06.2011 Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfe AN/1164/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung lag zur Sitzung noch nicht vor, der Ausschuss vertagt die Anfrage.

6.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.06.2011 Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof und Rhein AN/1365/2011

**6.3.1 Stellungnahme der Verwaltung
Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Unterführungen zwischen Hauptbahnhof
und Rhein
2769/2011**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Verhinderung einer Dauerdemonstration am Rudolfplatz

Herr Granitzka weist darauf hin, dass trotz Beachtung der Versammlungsfreiheit die problematische Entwicklung auf dem Rudolfplatz im Auge behalten werden müsse. Es sei zu befürchten, dass sich eine Dauerdemonstration entwickle.

Frau dos Santos Herrmann ergänzt, anscheinend stehen sich unterschiedliche rechtliche Bewertungen zur Versammlungsfreiheit gegenüber.

Auf Rückfrage von Herrn Granitzka erläutert Herr Kahlen, über den Inhalt von Gesprächen des Oberbürgermeisters mit dem Polizeipräsidenten sei ihm nichts bekannt.

Auf verschiedene Rückfragen erläutert Herr Kilp, es habe in der Vergangenheit Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes Münster und des Bundesverwaltungsgerichtes zur Problematik gegeben. Grundsätzlich werde die Polizei bei allen Maßnahmen durch das Ordnungsamt unterstützt. Die Notwendigkeit einer Problemlösung bis zur geplanten Veranstaltung „Sicilian Fish Tour on the Road“ beginnend am 11.07.2011 sei mit der Polizei kommuniziert.

Herr Wolter weist darauf hin, die Erörterung müsse im Polizeibeirat geführt werden. Darüber hinaus könne man mit den Demonstranten sicherlich eine Vereinbarung finden, dass diese den Platz vorübergehend für die geplante Veranstaltung räumen.

Herr Granitzka betont, die Räumung des Platzes könne nicht von einer Vereinbarung mit den Demonstranten abhängig gemacht werden, ausschlaggebend sei das geltende Recht. Er ergänzt, die CDU-Fraktion werde die Angelegenheit auch weiterhin im Ausschuss AVR thematisieren, der Polizeibeirat habe keine Entscheidungsbefugnis.

Grundsätzlich sei eine Dauerbesetzung des Rudolfplatzes zu verhindern.

7.2 Sauberkeit und Sicherheit beim Christopher-Street-Day

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, die Gefährdungslage durch Glas sei seines Erachtens während des CSD nicht so konkret wie im Karneval. Er werde seine Einschätzung aber von den zuständigen Stellen überprüfen lassen und dem Ausschuss das Ergebnis mitteilen.

Herr Kahlen sagt ebenfalls zu, die Verwaltung werde dem Ausschuss die konkrete Höhe des Reinigungsaufwandes nach der Veranstaltung mitteilen, allerdings seien grundsätzlich die Reinigungskosten vom Veranstalter zu tragen.

7.3 Kriterien zur Meldung von Beissvorfällen durch Hunde in Köln

Herr Dr. Welpmann berichtet von einem Beissvorfall, der gegebenenfalls hätte verhindert werden können, wenn die Verwaltung den entsprechenden Hinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen wäre. Er bittet die Verwaltung um Darstellung der Kriterien, die eine Gefährdungsmeldung enthalten müsse, damit dem Hinweis in notwendiger Sorgfalt nachgegangen werden könne.

7.4 Beschlussfassung Eigenreinigung

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, die verwaltungsinterne Abstimmung zur Verwaltungsvorlage sei noch nicht abgeschlossen, befinde sich aber in der Schlussphase.

8 Anträge

8.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.05.2011 Darstellung von Köln in Google Maps AN/1000/2011

8.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion zur Darstellung von Google Maps AN/1000/2011 2692/2011

Herr Görzel fordert, dass die FDP-Fraktion das entsprechende Schreiben zur Kenntnis erhält.

Herr Neubert betont, die SPD-Fraktion sei mit einem Kauf entsprechender Rechte nicht einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, sich schriftlich an den Betreiber von Google Maps zu wenden, mit der Bitte, die Stadt Köln bereits bei großmaßstäblichen Zoomstufen sichtbar zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Rudolfplatz 2063/2011

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Dringlichkeitsentscheidung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sport in Metropolen Fortführung des Projektes 1404/2011

Frau Manderla erklärt, die CDU-Fraktion befürworte die Übertragung der Aufgabe an einen freien Träger und stimme für die Alternative I.

Herr Neubert betont, für die SPD-Fraktion sei die angebotene Beschlussalternative keine Alternative.

Herr Wolter meldet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf an und schlägt vor, die Vorlage in den Rat zu verweisen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.2 Bewerbung Kölns als Fairtrade-Town
2100/2011**

Herr Wolter weist darauf hin, die Förderung des Fairen Handels mit Entwicklungsländern beinhalte eine Vielzahl an Möglichkeiten für die Verwaltung. Er schlägt vor, die Verwaltung möge weitere Ideen sammeln und Vorschläge entwickeln, die dem Ausschuss in der 2. Jahreshälfte 2011 vorgestellt werden können. Darüber hinaus empfehle er die Einladung eines Vertreters des TRANSFAIR Deutschland e.V. zur entsprechenden Sitzung.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass sich Köln an der internationalen Kampagne „Fairtrade Towns“ beteiligt und den Titel „Fairtrade-Town“ anstrebt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln
1579/2011**

Auf Vorschlag von Frau von Bülow wird der Beschluss des Ausschusses Kunst und Kultur zur Abstimmung gebracht.

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Eine Einheit für alle Leistungen beträgt sowohl für die Berechnung der Entgelte als auch für die der Honorare weiterhin 60 Minuten.
Die Anlage 3, Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln, wird in ihren §§ 2 und 3 entsprechend geändert.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (**geänderte** Anlage 3). Zugleich beschließt er die Aufhebung der bisherigen „Honorarordnung für die freien Mitarbeiter/innen des Museumsdienstes der Stadt Köln“.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der Museen bzw. des Museumsdienstes bei Fremdführungen zu entwickeln. Zu prüfen sind u.a. ein Exklusivrecht des Museumsdienstes auf Führungen in städtischen Museen und ein Obulus, der bei Fremdführungen neben den Eintrittspreisen abzuführen ist („Korkengeld“)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Bürgerantrag zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln
0919/2010/1**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales spricht sich gegen eine Änderung der Sondernutzungssatzung hinsichtlich erlaubnisfreier Werbemittel aus (§ 4 Abs. 3 Sondernutzungssatzung).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
1445/2011**

Der Ausschuss verweist die Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Erlass von Verwaltungsgebühren bei ehrenamtlichem Engagement
1781/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Nippes zur Kenntnis. Er verzichtet auf die vorgeschlagene Initiative.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP zugestimmt

**10.7 Umsetzung der Pilote zum Ratsbeschluss und zu den Beteiligungsprozessen
"Die Zukunft unserer Schulen"
2466/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat nimmt die in der Zwischenbilanz dargestellten Ergebnisse der beiden Dialogkonferenzen zur Kenntnis (**Anlage 3**).
2. Der Rat beschließt die Weiterentwicklung bzw. die fachliche und organisatorische Umsetzung der Themenfelder aus den beigefügten Projektblättern und in diesem Zusammenhang einen zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen, in Höhe von 38.250 € sowie bei Zeile 11, Personalaufwendungen, in Höhe von 11.400 €. (Kostenkalkulation siehe **Anlage 5**).
Die Deckung erfolgt jeweils durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 1601, Allgem. Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 2, Zuwendungen u. allg. Umlagen. Die investiv erforderlichen Mittel in Höhe von 10.000 € werden im Rahmen des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben, finanziert.
Die ab 2012 erforderlichen Mittel (gem. Anlage 5) sind im Rahmen der Aufstellung des Hpl. 2012 ff. zu berücksichtigen.
3. Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2012 eine für den Pilotzeitraum von einem Jahr befristete zusätzliche Stelle Verwaltungsangestellte/r, Vergütungsgruppe Vc, Fallgruppe 1a BAT (Entgeltgruppe 8 TVöD) zur Sicherstellung einer individuellen Reinigungsberatung eingerichtet wird (siehe **Anlage 4.7**). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 ist verwaltungsintern eine Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.8 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung 0871/2011

Auf Nachfragen erläutert Herr Neubert, die vorgeschlagene Alternative sei mit der vom Umweltausschuss geänderten Beschlussfassung nicht mehr notwendig. Die Beweislastumkehr führe zu einer Vereinfachung der Verwaltungstätigkeiten. Da allerdings eine Aufarbeitung von Rückständen aus der Vergangenheit notwendig sei, habe der Umweltausschuss beschlossen, so lange personalwirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, bis die Rückstände abgebaut sind.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, der Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt werde nicht wieder reaktiviert, er betont, mit dem vorgeschlagenen neuen Modell werde die Qualität der Kontrolle nicht gemindert.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

- I. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- Für die Wahrnehmung der Aufgaben aus der Baumschutzsatzung sind durch geeignete personalwirtschaftliche Maßnahmen ausreichend personelle Ressourcen bereit zu stellen (temporäre Zuweisung einer Verwaltungskraft bis zur Evaluation 2013). Dies insbesondere mit dem Ziel, die bestehenden Bearbeitungsrückstände im Sachgebiet Baumschutz schrittweise weiter abzubauen und gleichzeitig zu verhindern, dass zukünftig neue Rückstände entstehen.
- Es wird eine Nachweispflicht als zusätzliche zulässige Nebenbestimmung in § 6 Abs. 5 der Baumschutzsatzung gemäß der als Anlage 1 beigefügten Fassung aufgenommen.
- stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen und über deren Ergebnisse jährlich zu berichten
- Die Auswirkungen der Änderung der Baumschutzsatzung auf die personellen Anforderungen im Sachgebiet sollen in 2013 erneut überprüft und bewertet werden. Bis dahin bleibt der Stellenplan in Hinsicht auf die Baumschutzsatzung unverändert.

II.

Der Rat stimmt der Neufestsetzung der Gebühren gemäß § 13 der als Anlage beigefügten Neufassung der Baumschutzsatzung auf Basis der als Anlage 3 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung zu.

III.

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestands innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung – BSchS) unter Berücksichtigung der unter I. und II. dieser Beschlussvorlage gefassten Beschlüsse. Die am 20.12.2001 beschlossene Baumschutzsatzung wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.9 Städtepartnerschaft Köln - Rio de Janeiro 2535/2011

Auf Rückfragen von Frau Möller erläutert Herr Wolf, in Köln seien zwei Städtepartnerschaftsvereine gegründet worden, ob es einen Partnerschaftsverein in Rio de Janeiro geben würde, entziehe sich seiner Kenntnis. Ansprechpartner in Brasilien sei sein brasilianischer Amtskollege.

Herr Wolf ergänzt, er habe während der Vorbereitung dieser Städtepartnerschaft festgestellt, dass viele Bürgerinnen und Bürger oder Vereine bereits Kontakte nach Rio de Janeiro haben.

Wünschenswert sei im Sinne der Stadtverwaltung, dass es nur einen Partnerschaftsverein gäbe, allerdings sei fraglich, inwieweit die Verwaltung hier Einfluss nehmen könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.10 Einheitliche Behördenrufnummer 115
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Verbund-
partnern in der Region zur Teilnahme am Regelbetrieb
2331/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den derzeitigen regionalen Kooperationspartnern sowie mit jedem weiteren interessierten Verbundpartner zur Teilnahme am Regelbetrieb der Einheitlichen Behördenrufnummer 115 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
Vorsitzender

Simons
Schriftführerin